



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Petit-Setze 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 196. Mittag-Ausgabe.

Zweihundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 28. April 1881.

Die Stimmung im Reichstage.

Unser Berliner —Correspondent schreibt unterm 27. d.:

Der Reichstag mit seinen äußerst lüdenhaft besetzten Bänken bot auch heute ein recht klägliches Bild. Die anwesenden Mitglieder befanden sich zumeist in recht gedrückter Stimmung, zumal da der Zeitpunkt, zu welchem wirklich Beschlußfähigkeit vorhanden war, sehr rasch vorüber ging. Man blieb nach wie vor in besorgnisvoller Eventualität einer Abstimmung. — Dabei schwirrten allerlei Gerüchte durch die Luft, als plane die Regierung eine nahe Auflösung des Reichstages. Diese Angaben verdienen inzwischen durchaus keinen Glauben. Dagegen sind die Tage der Legislaturperiode jedenfalls gekürzt. Die Regierung muß noch einige Gesetze mit dem Reichstage vereinbaren; ist dies geschehen und läßt sich im Weiteren die Stimmung des Reichstages bezüglich des Arbeiter-Versicherungsgesetzes nach dem Gange der Commissions-Verhandlungen übersehen, so möchte der Schluß der Session unausweichlich sein. Nach dem heutigen Stande der Dinge dürften dazu einige Wochen erforderlich werden.

Das Gesetz über die Einführung der Landessprache im Elsaß-Lothringischen Landesauschuß, welches heute den Reichstag beschäftigte, wird dort jedenfalls unverändert angenommen. Dasselbe ist der Anregung des Statthalters in den Reichslanden, General-Feldmarschall Freiherr von Manteuffel, zu verdanken, und unparteiische Beurtheiler der Sachlage wollen sich davon ganz besondere Erfolge versprechen. Diese Ansicht hat denn auch die Mehrheit des Reichstages für das Gesetz zu gewinnen verstanden. Die Anträge der Oppositionspartei in den Reichslanden würden, wie man versichert, nur schädlich gewirkt haben. Man hält den Zeitpunkt für weitere Concessionen, zu denen man übrigens bereit ist, so lange noch nicht für gekommen, als die Einwirkungen der französischen Elemente noch so leicht im Stande sind, sich Boden zu gewinnen.

Die Reihen der Nationalliberalen scheinen sich immer mehr lichten zu wollen. Abgeordnete aus mehreren Kleinparteien sind geneigt, dem Beispiele ihres Collegen Roggemann zu folgen. Gleichwohl will der alte Stamm der Fraction der Hoffnung auf weitere Wahlerfolge noch nicht entsagen.

Der Berliner A-Correspondent berichtet:

Den Conservativen muß das Beamtenwohnungsgesetz recht unangenehm sein. Der Präsident von Gopler hatte nun zweimal die zweite Verathung zu Schluß einer Tagesordnung abgesetzt. Als heute diese zweite Verathung wieder nicht drangekommen war, schlug er zu morgen eine Tagesordnung vor, bei der jenes unglückliche Gesetz, durch welches zur Zeit nur der Reichskanzler, sein Herr Liebenmann und der Todtengräber Lupis einen Miethsteuer-Erlass erlangen würden, wieder in den Hintergrund geschoben wurde. Richter (Hagen) widersprach aus sachlichen Billigkeitsgründen, deren theilweise Berechtigung selbst der Präsident anerkannte. Als aber die Herren Conservativen mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit jenen schlechten Platz für das Gesetz beibehalten zu wollen erklärten, beantragten Richter und Richter, es ganz von der morgenden Tagesordnung abzusetzen, — wohl in der Erwartung, daß es dann zum Freitag an die erste Stelle gerückt werde. Mit diesem billigen Vorschlage war bei der Abstimmung die Mehrheit der Anwesenden einverstanden. Aber o weh! ein Schriftführer fand die Abstimmung zweifelhaft und nun mußte gar über den Antrag der Hammelsprung stattfinden. Damit war der Antrag, wie vorausgesehen, von der Mehrheit beseitigt. Denn es stellte sich Unbeschlußfähigkeit heraus, eine sehr starke Unbeschlußfähigkeit. Es blieb also bei dem Vorschlage des Präsidenten. Ungewöhnlich war es, daß der Präsident nur die Ziffer der Anwesenden, nicht auch wie viele von ihnen mit ihm und wie viele gegen ihn gestimmt hatten, publicirte. Uebrigens war in dem ersten Theile der heutigen Sitzung, in welchem wichtigere Abstimmungen vorkamen, eine beschlußfähige Zahl Mitglieder auch nicht immer vorhanden; man wollte wissen, daß nur 187 Güte in der Garderobe seien. Allein da Niemand Zweifel erhob und das Bureau bei den Abstimmungen einmüthig die Mehrheit erkannte, so sind die Beschlüsse rechtsgültig gefaßt; ist es doch immer möglich, daß ein Theil der Abgeordneten ohne Güte in den Reichstag gekommen ist oder die Kopfbedeckung in die Tasche gesteckt hat. — Der Kreuzzeitung scheint das Aussehen dieses in der Mehrheit conservativ-clericalen Reichstages wenig befriedigend — sie macht es sich aber bequem, von der „Müdigkeit und Theilnahmslosigkeit auf der Linken“ zu sprechen, um daran die Bemerkung von dem schlechten Besuche des Reichstages zu knüpfen. Allein von der Fortschrittspartei waren heute 20 unter 28 Mitgliedern anwesend, und auch von den SeceSSIONisten waren augenscheinlich mehr als zwei Drittel vorhanden. Der schlechte Besuch liegt also zur Zeit an den Parteien rechts und in der Mitte.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

34. Sitzung vom 27. April.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes von Bötticher, von Stofch, Scholz u. A.

Der Abg. Fürst von Sacken-Dehringen zeigt dem Präsidium an, daß er sein Mandat niedergelegt hat.

Auf der Tages-Ordnung steht zunächst der Antrag der Abgg. Birchow, Thilenius und v. Wedell-Malchow: „Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler zu erlauben, er wolle geeignete Maßnahmen treffen, um eine Vetheiligung Deutschlands an der Erforschung der Polarregionen, zunächst im Interesse der Meteorologie, der Aufklärung der irdmagnetischen Erscheinungen und, soweit thunlich, auch im Interesse der Erdkunde und der übrigen Naturwissenschaften in Verbindung mit anderen Nationen, welche in gleicher Richtung vorzugehen bereit sind, herbeizuführen.“

Abg. Dr. Thilenius: Der Antrag, eine Folge der von Birchow bei der ersten Staatsberatung gegebenen Anregung, bezweckt den Beistand des Reiches für eine feststehende Beobachtung der Polarregionen auf die Dauer eines Jahres mit Hilfe von Stationen, die um die Pole herum gruppiert werden, nach einem Plane, der von der internationalen Polarconferenz in Hamburg in Verbindung mit dem internationalen meteorologischen Comite festgesetzt worden ist. Von dieser Forschung hofft die Meteorologie mit Zuversicht Aufklärung über die noch völlig dunklen Gesetze der Luftdruck- und Wärmevertheilung, über die Schwanlungen in den Luftströmungen, die Entwicklung und den Verlauf der Witterung und der klimatologischen Normen, die man bis jetzt nicht mit Sicherheit überhaupt hat feststellen können. Ganz besonders wird es sich um die Wetterprognose und die Sturmwarnungen handeln, bei denen immer noch etwa 25 pSt. an der Sicherheit fehlen.

Die Hydrographie und Naufik bedarf vor allen Dingen der genaueren Kenntniß des Ursprungs der Meeresströmungen, ganz besonders derer, die

vom Norden kommen und sich mit den südlichen, dem Golfstrom mischen, wozu eine genauere Erforschung der Eisverhältnisse an den Polen notwendig ist. Noch viel wichtigere Ergebnisse erwartet man von dem Unternehmen für die Geophysik und Meteorologie in Bezug auf die Gesetze des Erdmagnetismus und seiner Beziehungen zu den elektrischen Verhältnissen in der Erde und in der Atmosphäre. Die Polarlichter, die Sonnenflecke, die Erscheinungen an der Sonne kommen hier vorzugsweise in Frage. Der Antrag, der der enthusiastischen Sympathie der Reichsregierung begegnet, hat auch seine sehr unsympathische Seite: er verlangt einen Aufwand von mindestens 300,000 Mark. Wird das Unternehmen so ausgeführt, wie es im Augenblick geplant ist, dann ist nach der Zusage derer, die sich am meisten um die Sache verdient gemacht haben, eine Ueberschreitung dieser Summe wohl kaum möglich, weil man die Station auf der Ostküste von Grönland unsererseits aufgegeben hat. Ich betone das, weil der Herr Staatssecretär des Innern seiner Zeit sagte, die Sache sei an der Forderung von 600,000 Mark gescheitert. Deutschland wird sich also vorläufig auf die Befestigung einer Station und zwar auf der Insel Jan Mayen beschränken. Trotzdem darf man fragen, ob man mit der Sache diesen und nicht vielmehr den nächsten Reichstag befaßt soll, zumal die eigentlichen Beobachtungen erst im Jahre 1882 stattfinden sollen. Aber wichtig genug ist sie, um Reichsmittel für sie in Anspruch zu nehmen. Wir lesen täglich die Wetterprognosen der deutschen Seewarte, an der ganzen deutschen Küste werden Sturmwarnungen für die Schiffe ertheilt, und es ist gerade das Verdienst unserer deutschen Seewarte und ihrer Leiter, diese Dinge für uns in Deutschland praktisch nutzbar gemacht zu haben. Aber auch die Privatthätigkeit hilft mit: 300 deutsche Schiffscapitäne beobachten heute freiwillig die meteorologischen und magnetischen Erscheinungen auf ihren Reisen und haben im Jahre 1880 270,000 Einzelbeobachtungen aus allen Regionen des Erdballs an die Seewarte zur wissenschaftlichen Verwerthung geliefert.

Wir wissen nun, daß außer den großen Luftströmungen von den Polen nach dem Aequator und umgekehrt, wie die von mir vorgelegten Wetterkarten es darstellen, eine Reihe von Kreisen unregelmäßiger Art, aber doch einem gewissen Gesetze folgend, besteht, die sogenannten atmosphärischen Depressionen, die barometrischen Maxima und Minima, wirbelartige Depressionen, um die herum die Winde in Wirbeln kreisen. Die größeren verfolgen eine gewisse Bahn um die Erde herum, aber an den Seiten entstehen kleinere, hauptsächlich auf der südlichen Seite des Luftstromes, und nur auf der nördlichen ist vorläufig noch ein leerer Platz, einfach deshalb, weil wir bisher diesen großen Strom der Depressionen nur von dem einen Ufer aus beobachtet haben, das nördliche Ufer aber außer Acht blieb. Aber gerade von diesen Depressionen hängt die Wetterprognose ab und es ist von großer Bedeutung, ob wir den Anzug einer solchen atmosphärischen Schwanlung 2—3 Tage vorher wissen, sowohl für den Landwirth wie für den Schiffer. Die Gezeiten der Wechselwirkung zwischen der elektrischen Erdströmung und der Luftströmung, die Beziehung des Erdmagnetismus zur Sonne, das alles sind Probleme, deren Lösung auch von großer praktischer Bedeutung ist: denn der Erdmagnetismus ist von größtem Einfluß auf die Magnetnadel, den Compass, wir haben aber heute vorzugsweise eiserne Schiffe zu lenken. Auch die elektrische Telegraphie hängt wesentlich von dem Auftreten irdmagnetischer Erscheinungen ab: Polarlichter können die Telegraphen in ihrer Thätigkeit stören bis zum Ausbleiben einzelner Worte, bis zur falschen Meldung überhaupt. Wie groß wäre die Verwirrung, wenn das Telephon, das heute seine Reise über Berlin spannt, die Befestigungen der Hausfrau oder die Börsencourse falsch übermittelt. Dabei stehen wir noch an der Schwelle der Verwendung der elektrischen Kräfte im gewerblichen Leben. Wir können heute schon nicht mehr eine ganze Anzahl mächtiger Wassergefälle, die weit vom gewöhnlichen Verleer abliegen, benutzen, wir können da keine Fabriken mehr bauen, sie müssen an die großen Verkehrswege, an die Eisenbahnen gelegt werden. Wir können aber sehr wohl an diesen Wassergefällen Turbinen anlegen und mit Hilfe dieser Maschinen elektrische Kräfte erzeugen, die sich durch den Draht auf weite Entfernungen fortleiten und am Ende zur Wirksamkeit kommen.

Wollen wir diese Kräfte benutzen, dann müssen wir vor allen Dingen im Stande sein, die Störungen, denen sie ausgesetzt sind, zu erkennen und womöglich zu verhüten. Unser Unternehmen knüpft nun gewissermaßen an die Bedingung an, daß auch andere Nationen sich an dem Unternehmen betheiligen. Diese Bedingung ist bereits erfüllt. Auf den Inseln vorliegenden Karten des Nord- und Südpols finden Sie die Stationen angezeigt, die zur Befestigung in Aussicht genommen sind. Es sind, wenn meine Informationen richtig sind, folgende: das Cap Nassau auf Novaja Semlja, eine Station, die befestigt werden soll durch den hochherzigen Grafen Wilczel, der auch nach dem Tode seines Freundes Weyprecht sich bereit erklärt hat, diese Station nicht allein zu besetzen, sondern auch auf eigene Kosten zu unterhalten. Ausland hat schon Stationen auf der Lena- und der Kolymamündung errichtet. Auf den neubirischen Inseln wird Professor Nordenskjöld eine Station einrichten. Ich muß allerdings bemerken, daß die Leitung des Unternehmens von der Petersburger geographischen Gesellschaft ausgeht und der Staat sich daran mit einer sehr erheblichen Beisteuer betheiligt. Weiter soll in neuester Zeit Nordamerika zugestimmt haben, Stationen in Point Barrow und am Kennedy-Canal zu errichten, wenn auch die Zustimmung noch keine officielle ist; Dänemark geht nach Upernivik, Schweden nach Verlegen hoch auf Spitzbergen, Norwegen nach Finnmark und dem Nordcap, Holland wird höchst wahrscheinlich eine Station in Dickson, Hafen an der Karasee, einrichten. Für Deutschland bliebe nur die Befestigung der Insel Jan Mayen übrig, da von der Befestigung der Ostküste von Grönland Abstand genommen wurde. Der Nordpol ist also ausreißend garnirt, es würde sich nun noch um den Südpol handeln, der etwas spärlicher bedacht ist, weil da nicht so viel Land vorhanden ist. Feststehende meteorologische und magnetische Observatorien sind vorhanden in Melbourne, auf Audland, in Buenos-Ayres und auf dem Cap der guten Hoffnung.

In Aussicht würde also zu nehmen sein eine Befestigung der Magellanstraße und des Cap Horn, das wahrscheinlich Frankreich besetzen wird. Es soll in nächster Zeit ein Antrag zur Bewilligung der nötigen Mittel an die Volksvertretung gebracht werden. Es blieb dann noch übrig etwa die Kerguelen und Südgeorgien. Da richten sich nun allerdings die Blicke der gelehrten Welt auf unsere deutsche Marine, die den großen Zwecken der Naufik, des hydrographischen Studiums der südlichen Meere ihre Dienste sicherlich nicht verlagern wird. Im Augenblick wird mit der argentinischen Regierung durch unseren Ministerpräsidenten v. Solleben und ein Mitglied der Nordenskjöld'schen Expedition über ihre Vetheiligung an der Befestigung der Südpolstationen verhandelt. Das wir jetzt vorgehen müssen, hat Birchow bereits früher motivirt: wir stehen wieder am Ende einer eilfjährigen Periode von Vorgängen auf dem Sonnenkörper, die auf unsere terrestrischen Verhältnisse von größtem Einfluß sind und nicht unbemerkt vorübergehen dürfen, wenn wir nicht bezüglich des Erdmagnetismus und der wichtigsten meteorologischen Gesetze im Dunkeln bleiben wollen. Sollten die Beobachtungen im Jahre 1882 ausgeführt werden, so muß mit den Vorbereitungen unzerzähllich begonnen werden. Es müssen Instrumente gebaut, die Beobachter designirt und eingeweiht, die Beobachtungsfahrt vollständig fertig mitgenommen, mit den übrigen sich betheiligenden Staaten muß über einen gemeinsamen Beobachtungsplan verhandelt, endlich müssen die binrenländischen Stationen für die Sache interessirt werden, damit sie, um dem Unternehmen vollen Erfolg zu sichern, gleichzeitig beobachtet. Alles das gestattet keinen Aufschub und darum treten wir jetzt mit unserem Antrage vor. (Beifall.)

Chef der Admiralität v. Stofch: Die Admiralität erkennt die hohe Bedeutung der Polarforschung durch das Mittel verschiedener Stationen durchaus an und erachtet sich für verpflichtet, nach jeder Beziehung fördernd für die Ausführung der Sache, sowie nur die Mittel gewährt werden, einzutreten. (Beifall.) Die Mittel, welche der Admiralität dafür zu Gebote stehen, sind jedoch, wie sie wissen, nicht sehr bedeutend. Die Zinshienstellung der Kriegsschiffe, um die es sich hier handelt, ist in den einzelnen Fällen beschränkt durch die Forderungen, welche die auswärtigen Verhältnisse stellen. Soweit diese Mittel es nur irgend zulassen, wird die Admiralität ihre Unterstützung der Sache nicht verlagern.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich habe bereits bei der ersten Verathung des Stats erklärt, daß die Reichsregierung den Bestrebungen der Conferenz für Polarforschung ihre volle Sympathie zugewendet, aber Anstand genommen habe, eine Summe von 600,000 Mark, wie man sie für den Antheil Deutschlands berechnet hatte, bei der gegenwärtigen Finanzlage in den Stats einzustellen. Der Abg. Dr. Birchow hat damals behauptet, daß, nachdem die durch Beschluß des Bundesrathes niedergesetzte Commission von Gelehrten zur Verathung der Frage der Polarforschung ihre Arbeiten beendet habe, nichts weiter von der Reichsregierung in der Sache geschehen sei. Diese Behauptung ist unrichtig. Die Commission hatte sich darüber schlüssig gemacht und es ist dies auch in weiteren Kreisen anerkannt worden, daß es bei der Polarforschung nicht auf einzelne Expeditionen ankomme, sondern daß es notwendig sei, Beobachtungsstationen zu errichten, die gewisse Zeit hindurch in Betrieb gehalten werden müssen. Es lag in der Natur der Sache, daß diese Aufgabe nicht von einem einzelnen Staate gelöst werden kann, sondern nur durch die Cooperation mehrerer Staaten.

Der Herr Reichskanzler hat sich damals unter Präcisierung dieses Gesichtspunktes in Verbindung gesetzt mit Rußland, Schweden-Norwegen, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Er hat den Regierungen die Commissionarbeiten mitgeteilt und sie um eine Aeußerung darüber ersucht, ob sie mit den Grundzügen des von der Commission aufgestellten Programms einverstanden seien und sich vorbehaltlich einer näheren Verständigung über die Modalitäten an der Ausführung des Planes betheiligen wollten. Leider hat aber dieser Schritt nur sehr wenig Gegenliebe gefunden. Es ist von den zur Erklärung aufgeforderten Regierungen anfänglich und zwar zwei Jahre lang überhaupt keine Erklärung eingegangen und dann hat nur die russische Regierung geantwortet und zwar dilatorisch. Erst vor etwa 8 Wochen ist uns durch eine Correspondenz der Petersburger geographischen Gesellschaft für Erdkunde Kenntniß darüber geworden, daß die kaiserlich russische Regierung der Petersburger geographischen Gesellschaft 42,000 Rubel gegeben habe, um Beobachtungsstationen an der Mündung der Lena zu errichten. Nun haben Sie von dem Herrn Antragsteller gehört, daß sich neuerdings die Bereitwilligkeit der anderen Staaten zur Theilnahme an der Polarforschung vermehrt hat. Inzwischen liegen aber darüber noch nicht die mindesten officiellen Nachrichten vor. Wir wissen zwar aus dem Berichte eines hervorragenden Mitgliedes der Polarconferenz, daß Norwegen auf 3 Jahre einen Betrag von je 3000 Kronen, also 9000 Kronen für die Zwecke der Polarforschung bewilligt haben soll und wir haben weiter gehört, daß Dänemark eine Aufwendung von 55,000 Francs für denselben Zweck bereit zu stellen geneigt ist. Endlich haben wir erfahren, daß Graf Wilczel auf eigene Kosten eine eigene Station auf Novaja-Semlja errichten wird. Im Uebrigen aber scheinen die Mittheilungen des Herrn Antragstellers zunächst nur auf Vermuthungen zu beruhen, und er selbst hat in Bezug auf Frankreich und die Niederlande anerkannt, daß sie zur Zeit einen Beschluß noch nicht gefaßt haben.

Nun bitte ich Sie, diese geringen Resultate mit den Anforderungen zu vergleichen, welche die Annahme dieses Antrages resp. die Durchführung seines Zweckes an Deutschland stellen würde. Ich hatte in der Sitzung, in der die Sache hier zur Sprache kam, gesagt, daß nach einem uns vorliegenden Promemoria sich ein Bedürfnis von etwa 600,000 Mark herausstellen werde. Der Herr Abg. Dr. Birchow hatte in seinem Vortrage hervorgehoben, daß, wenn man die Beobachtungen auf die Meteorologie und den Erdmagnetismus beschränke, es wohl möglich sein werde, mit einem Bedarf von 100,000 Mark auszukommen. Gestatten Sie mir einige Daten aus Sachverständigenkreisen mitzutheilen. Ein Mitglied der Hamburger Polarforschungs-Gesellschaft hat in einer Denkschrift einen ungefähren Kostenanschlag für den Antheil Deutschlands niedergelegt. Es werden dabei nur die Interessen der Meteorologie und des Erdmagnetismus berücksichtigt und die Befestigung einer Station in der nördlichen und südlichen Polarzone in Aussicht genommen. Die Frage, ob die Nordstation auf der Ostküste von Grönland errichtet werden soll, wird ganz offen gelassen. Die Denkschrift geht von der Voraussetzung aus, daß die Ueberführung der Expedition durch ein kaiserliches Kriegsschiff nach der Südpolstation auf der Georgieninsel, jedenfalls aber nach der Nordpolarstation dann erfolgen wird, wenn Jamaita befestigt wird; mögegen, wenn die Wahl auf Oigroiland fallen würde, die Verwendung eines besonderen Polarsschiffes zur Ueberführung der Expedition erforderlich sein würde. Danach berechnet die Denkschrift für den ersten Fall den Bedarf auf 256,000 Mark und für den letzteren Fall auf 446,000 M. Die hiesige Gesellschaft für Erdkunde, welche ebenfalls mit einem Antrag auf Vetheiligung des Reiches an der Polarforschung hervorgetreten ist, verlangt — und dieses Verlangen scheint gerecht zu sein, daß, wenn man einmal Aufwendungen für die Errichtung von Stationen macht, man auch über den Kreis der Interessen der Meteorologie und des Erdmagnetismus hinaus alles das in Betracht ziehe, was überhaupt für die Wissenschaft und den Verkehr von Nutzen sein kann. (Zustimmung.)

Sie bezieht, eine längere Dauer der Beobachtungen und die kostenfreie Ueberlassung eines Kriegsschiffes vorausgesetzt, den ganzen Bedarf der deutschen Aufwendung auf 600,000 Mark. Nun entbehren aber diese Kostenanschläge bis jetzt noch jeder positiven Unterlage. In praxi wird sich nach den gemachten Erfahrungen der Bedarf jedenfalls noch höher stellen. Einen Anhalt für diese Annahme haben wir schon jetzt aus den verschiedenen Angaben entnehmen können, die über die Kosten der Vorarbeiten aufgestellt sind. In der Denkschrift der deutschen Polarconferenz ist an Kosten für die Vorarbeiten ein Betrag von 12- bis 15,000 Mark, also eine bescheidene Summe, angegeben. Nun ist aber ein hervorragendes Mitglied der Hamburger Conferenz mit der Forderung aufgetreten, daß für die Vorarbeiten jetzt schon 50- bis 60,000 Mark, also das Fünffache des ursprünglich Geforderten in Aussicht genommen werden müsse mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit, eine Organisations-Commission zu berufen, die den ganzen Plan für die Polarforschung und die Art und Weise der Beobachtung entwerfen und beraten müsse, mit der Petersburger Commission in persönlicher Beziehung zu treten und so die Gemeinschaftlichkeit der Maßnahmen beider Commissionen zu sichern, und mit Hinblick auf die Nothwendigkeit eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten und Versuche vorzunehmen und schon jetzt vorbereitender Weise die erforderlichen Instrumente zu beschaffen und das Material anzuschaffen für die Stabilisements, die nothwendig auf den Beobachtungs-Stationen errichtet werden müssen.

Dasselbe Mitglied der Polarconferenz hat in einem mir soeben zugegangenen Schreiben jene Summe noch höher, und zwar auf 2—300,000 M. berechnet. Dabei ist als Zweck dieser Bewilligung hingestellt die Beschaffung von Instrumenten, die Errichtung von Wohnhäusern und Observatorien, es ist aber in dieser Forderung nicht begriffen der Kostenbedarf für die Unterhaltung der Stationen. Nach allem dem kann ich nur wiederholt betonen, daß bei der Reichsregierung so wenig wie beim Bundesrath das frühere Interesse an der Förderung der Polarforschung nicht abgenommen hat. Allein wenn Sie die Schwierigkeiten erwägen, die sich daraus ergeben, daß wir bis jetzt wenigstens von einer Bereitwilligkeit der Regierungen, mit denen wir in Verbindung getreten, nichts zu berichten vermögen, und wenn Sie weiter erwägen, daß es sich um einen, zur Zeit wenigstens noch nicht zu überschenden Kostenbetrag handelt, so werden Sie der Reichsregierung nicht Unrecht geben können, wenn sie mit einiger Vorsicht an die Frage herantritt (Zustimmung). Wir werden nach wie vor diesen Gegenstand im Auge behalten, wir werden uns nach wie vor bemühen, daß die Zwecke, welche die Wissenschaft mit der Polarforschung verbindet, erreicht werden, aber wir können bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und den Ihnen vorgetragenen Momenten nicht versprechen, daß wir sofort an die Ausführung des Unternehmens herantreten werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Birchow: Zunächst spreche ich der Regierung meinen Dank aus für die freundliche Art, mit der sie sich schließlich für die Angelegenheit ausgesprochen hat. Wenn ich früher behauptete, daß seit dem Jahre 1875 von Seiten des Reichs nichts mehr geschehen sei, so konnten mir allerdings diese besonderen Verhandlungen, welche von Seiten des auswärtigen Amtes mit einigen Regierungen gepflogen worden sind, nicht bekannt sein. Nach

aufen war wenigstens nichts herborgetreten, welches eine deutliche Stellungnahme des Reiches erkennen ließe. Was die Sache selbst betrifft, so würde ja zunächst die Regierung es in der Hand haben, die zu weit gehenden Forderungen zu reduciren. Vom theoretischen Standpunkte aus würde der beste Beobachtungspunkt nicht Jamaica, sondern die auf Ostgrönland liegende Sabineninsel sein, welche schon einmal die deutsche Flagge gesehen hat. Doch will ich mit Bezug auf die Verhältnisse des Eises in diesen Gegenden keinen Druck auf die Regierung ausüben. Ich habe von Anfang an den bescheidenen Standpunkt verfolgt, eine Station zu nehmen, welche man mit Sicherheit in jedem Jahre erreichen kann. Es würde ja allerdings sehr unglücklich sein, wenn etwa gerade ein Jahr einträte, wo durch die Verhältnisse der Witterung die Annäherung an Ostgrönland sich leicht vollziehen ließe, und wir benützten diese Gelegenheit nicht. Also daß man sich darauf einrichte, weiter vorzugehen, würde ich für sehr erwünscht halten. Aber sollte der erste Versuch diese Sicherheit nicht gewähren, so müßte die Commission angewiesen werden, sich auf dem näheren Platz festzusetzen. Bedauerlich ist ja, daß durch eine gewisse überstürzte Bestrebung namentlich in dieser Finanzfrage eine Art Voreingenommenheit hineinkommt, die das Urtheil ungünstig beeinflusst. Die Regierung kann nicht allen in dieser Beziehung möglichen Ansprüchen sofort nachkommen, sondern nur den dringlichen. Als solche habe ich aber schon die physiologischen und allgemein physikalischen Fragen herborgehoben, und ich sollte meinen, hierfür müßte die Regierung Geld haben.

Wenn man bedenkt, was für Summen jährlich z. B. in Preußen verwendet werden, um die geodätischen Untersuchungen in Bezug auf die Feststellung der Meridiane und die sich daran knüpfenden Arbeiten der topographischen Abtheilung des Generalstabes zu fördern, und wenn wir bedenken, wie wichtig es ist, diese Sache einigermaßen nach Norden weiter fortzusetzen und mit den übrigen Gegenständen der physikalischen Geographie zu verknüpfen, so müßte wohl das Reich, welches allein dies machen kann, sich in Ehren verpflichtet halten, diese Aufgabe zu übernehmen. Diese Aufgaben sind von Norwegen und Schweden seit einer Reihe von Jahren schon mit dem größten Erfolg betrieben worden und wir haben ja im vorigen Jahre das große Glück gehabt, die beiden Männer hier unter uns zu sehen, welche das Verdienst haben, seit einem Decennium die Aufmerksamkeit ihrer Landsleute auf diesen Gegenstand fixirt zu haben, in erster Linie Professor Torell und dann der so berühmt gewordene Freiherr von Nordenskiöld. — Und wenn es sich nun darum handelt, in einem großen Netz von concurrenzen Arbeiten, welches alle Nationen, die überhaupt an die See stoßen, übernehmen sollen, eine große und bedeutende Stellung einzunehmen, wie sie dem Deutschen Reich hier in der That vorbehalten ist, sollen wir da vor ein paar hunderttausend Mark zurücktreten, die wir diesem Unternehmen darbieten können? Das Reich verwendet ja recht reichliche Mittel für weniger wichtige Zwecke und ich hoffe, die Regierung wird an den hier vorliegenden Problemen ein immer größeres Interesse gewinnen, um in diesem friedlichen Wettstreit mindestens eine ähnlich bedeutende Stellung einzunehmen, wie in der Concurrenz der militärischen und maritimen Aufgaben. Was die antarktische Aufgabe verlangt, so glaube ich, wenn man sich nicht auf große Entdeckungsfahrten einlassen und sich begnügen will, eine bessere und kleine Beobachtungsstation einzurichten, z. B. Süd-Georgien, würden sich die Aufgaben, welche der Kaiserlichen Marine erwachsen — leicht erreichen lassen.

Man brauchte ja nur irgend einem Kriegsschiff, welches im allgemeinen diese Linie einhält, den Auftrag zu geben, den doch immerhin sehr möglichen Umweg zu machen und die Station da einzurichten und nachher sie wieder abzuholen. Ich kann ja nicht die dazu nöthigen Geldausgaben beurtheilen, aber ich glaube, ein Appell des Herrn Vertreters der Marine an das Reichsamt des Innern wird wahrscheinlich nicht unerhört verhallen. Ich möchte wenigstens die Bitte aussprechen, daß es möglich sein möchte, in dieser Richtung etwas zu thun. In der That sind ja unserer Marine die Mittel sehr beschränkt nach der Richtung der eigentlich wissenschaftlichen Aufgaben, dasjenige zu leisten, was sie vermöge der guten Bildung der Offiziere leisten könnte. Wir haben ja bei einigen Gelegenheiten hervorragende Proben der Leistungsfähigkeit unserer Marine gehabt, aber im Großen und Ganzen derselben die Reiben immer einen specifisch technischen Zweck, wovon für die übrige Wissenschaft sehr wenig herauskommt. Wäre es möglich, für eine Reihe von Problemen, die doch auch der Marine an sich nicht fern liegen, wie diese Polaraufgaben, eine etwas directere Verbindung und einen laufenden Conner herzustellen, so würde das, glaube ich, von Seiten der Marine mit großen Freuden aufgenommen werden, und wir würden andererseits unseren Offizieren auch eine lohnendere Aufgabe stellen, als sie ihnen bei diesen oft etwas lebrenen Reisen, die sie jetzt zu unternehmen genöthigt sind (Seiterzeit), meistens zufällt. Das würde dazu beitragen, eine frische Begeisterung, welche ja nothwendig ist, zu entfachen und zu unterhalten. Ich bitte, unsern Antrag mit möglichster Einstimmigkeit anzunehmen. (Beifall.)

Der Antrag Birchow wird hierauf einstimmig angenommen. Es folgt die Abstimmung über die geschäftliche Behandlung des Gesekentwurfs betreffend die Bestrafung der Trunkenheit. Das schwach besetzte Haus beschließt mit geringer Majorität die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Noch kleiner ist bei der darauf folgenden Abstimmung über das Küstenfrachtfahrt-Gesetz die Majorität gegen das Amendement Roggemann-Witte und für die Regierungsvorlage; das Bureau constatirt aber auch hier die Ablehnung des Abänderungsantrages und die unveränderte Annahme des Gesekentwurfs. Gegen das Amendement und für die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage stimmte das Centrum mit der Rechten.

Gegen die Vorlage über die Controle des Staats für das Jahr 1880/81 unbenutzt genehmigt; mehrere Berichte der Reichsschuldencommission, sowie die Zusammenstellung fernerweiter Liquidationen über die aus der französischen Kriegskostenentschädigung zu ersenkenden Beträge werden an die Rechnungscommission überwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesekentwurfs über die Bezeichnung des Raumgehalts der Gefäße, in welchen Flüssigkeit zum Verkauf kommen.

Hg. Reichensperger (Erfeld) weist darauf hin, daß schon jetzt in großen Theilen von Deutschland, namentlich in Baiern, die Eichung der Gefäße obligatorisch im Verwaltungswege vorgeschrieben sei; es sei deshalb gar kein Grund vorhanden, jetzt den Weg der Reichsgesetzgebung zu betreten, vielmehr möge man den Einzelstaaten überlassen, dem Beispiele Baierns zu folgen. Auch materiell habe er mancherlei Bedenken gegen eine allgemeine amtliche Vorschrift, wie sie die Vorlage zu geben beabsichtige. Insbesondere gelte dies von der Eichung der Spiritfässer, welche zum Zweck der Dichtung inwendig mit einem Gelatineüberzug versehen werden. Wenn man die Eichung vornehme, nachdem jener Überzug angebracht sei, löse sich derselbe bei der Feststellung des Inhalts durch das Füllen des Fasses mit Wasser auf, bringe man den Überzug aber erst nach der erfolgten Eichung an, so werde hierdurch der vorher festgestellte Inhalt des Fasses verringert. Ueberhaupt sei es viel zweckmäßiger, den Inhalt von Spiritfässern nicht nach dem Maß, sondern nach dem Gewicht festzustellen. Hierzu komme, daß die Zahl der Eichungsämter verhältnismäßig gering und somit die Belastung der Industrie durch den Zwang, jedes Faß amtlich eichen zu lassen, sehr erheblich sei. Es sei deshalb nothwendig, daß man wenigstens wie in Baiern Vorkehrungen treffe, daß in den Bauereien selbst die Möglichkeit einer amtlichen Eichung gegeben werde. Auch die Kosten, mit denen die Industrie belastet werden solle, seien keineswegs unerheblich. In England werde die in Deutschland vorgenommene Eichung nicht als maßgebend anerkannt, vielmehr werde dort jedes Faß nachgemessen; es sei deshalb billig, daß man denjenigen, welche Fässer für den Export nach England benutzen, die Kosten der Eichung erspare. Alle diese Bedenken werde man am zweckmäßigsten in einer Commission von 14 Mitgliedern erörtern, an welche er die Vorlage zu überweisen beantrage.

Hg. Karsten schließt sich diesem Antrage an, wenn er auch im Gegenthat zu dem Vorredner den Gesekentwurf als einen erfreulichen Fortschritt begrüße. Bei dem Erlaß der Maß- und Gewichtsordnung habe man von der obligatorischen Eichung der Fässer und Schanngesäße Abstand genommen, weil man dieselben nicht als eigentliche Maße ansah, der Verkehr habe jedoch das Bedürfnis unzweifelhaft festgestellt, und da von dem facultativen Verordnungswege erfahrungsgemäß nur ein sehr beschränkter Gebrauch gemacht worden sei, so erscheine eine reichsgesetzliche Regelung durchaus zweckmäßig. Die Ausdehnung des Eichungszwanges auf alle für Flüssigkeiten bestimmten Fässer halte auch er allerdings für zu weit gehend; Niemand habe ein Interesse daran, Fässer, die für Beer, Wasser oder dergl. bestimmt sind, eichen zu lassen. Das technische Bedenken des Vorredners gegen die Eichung der Spiritfässer sei nicht gerechtfertigt. Der Leimüberzug könne ohne Schaden nach der Eichung angebracht werden, da die dadurch bedingte Differenz des Inhalts außerordentlich gering sei. Dem Wunsch, den Inhalt der Spiritfässer nach dem Gewicht festzustellen, genüge die Vorlage schon jetzt, da sie auf solchen Fässern, in welchen Flüssigkeiten nach dem Gewicht zum Verkauf kommen, die eidamtliche Beglaubigung der Tara fordere. Wenn man, wie der Vorredner es wünsche, allgemein in den größeren Bauereien die Möglichkeit einer amtlichen Eichung gewähre, so werde die Schwierigkeit,

welche man aus der jetzigen geringen Zahl der Eichungsämter herleite, keine sehr erhebliche sein.

Hg. Möring erklärt sich gleichfalls für eine commissarische Beratung der Vorlage, welcher er keineswegs so sympathisch gegenübersteht, wie der Vorredner. Die Autorität des letzteren sei allerdings geeignet, die Bedenken gegen die obligatorische Eichung der Fässer einigermaßen zu zerstreuen, dennoch könne er sich mit derselben wenig befremden, da ein geichtes Faß Jahre lang reparirt werden könne, wodurch der Inhalt bisweilen bis zu zehn Procent vermindert werde. Viel bedenklicher noch ercheine aber die Tarirung der Gefäße. Die Vorlage motivire diese Maßregel nur durch die Thatsache, daß in neuerer Zeit bei dem Verkehr mit Flüssigkeiten vielfach an Stelle des Maßhandels der Gewichtshandel getreten sei, und daß man deshalb die Tara amtlich feststellen müsse. Diese Bestimmung führe eine wesentliche Verschlechterung des jetzigen Zustandes herbei, denn während man sich jetzt zwischen Käufer und Verkäufer leicht über die Feststellung der Tara einig, werde die Schwierigkeit viel größer, wenn das Faß eine amtliche Angabe des Gewichts trage, die in den meisten Fällen unrichtig sei. Der Inhalt der mit Flüssigkeiten in den Handel kommenden Fässer sei ein sehr verschiedener, Thran, Petroleum, Holztheer, Seifenöhltheer, Syrup, fette Oele, halbfeste Oele u. A. m. Alle diese Stoffe werden in größerer oder geringerer Quantität von dem Holz der Fässer aufgenommen und diese somit durch den Gebrauch schwer. Beim Rückhol betrage diese Zunahme bis zu 50 Pfund pro Faß. Ebenso werde durch Austrocknen in der Sonne, durch das Aufschlagen eines oder mehrerer neuer eiserner Reifen und andere Umstände das Gewicht des Fasses wesentlich verändert. Hierzu komme, daß der Inhalt der meisten Fässer durchaus nicht so werthvoll ist, um es zu rechtfertigen, die Tara eidamtlich festzustellen. Die Kosten einer solchen Feststellung seien keineswegs unbedeutend und würden nur dazu beitragen, die deutsche Industrie dem Ausland gegenüber weniger concurrenzfähig zu machen. Die Opposition gegen diese Bestimmung der Vorlage rege sich deshalb im ganzen Lande und er hoffe, daß die Commission diesen begründeten Bedenken ihre Anerkennung nicht versagen werde.

Hg. Uhlen erkennt die Tendenz der Vorlage als eine durchaus berechtigte an, da nur eine reichsgesetzliche Regelung einen dem praktischen Bedürfnis entsprechenden Erfolg in Aussicht stelle. Trotzdem könne auch er nicht verkennen, daß dem § 1 sehr erhebliche Bedenken entgegenstehen. Namentlich bei Spiritfässern, die zwischen der Brennerei und dem Händler hin- und hergeschickt werden und ihren Inhalt häufig wechseln, komme es sehr leicht vor, daß durch Austrocknen in der Sonne undurchsichtliches dadurch bedingte festere Antrauen der Reifen, der Rubrikraum der Fässer sich verändere. Wenn dann jemand den Inhalt des Fasses nach Maßgabe des amtlichen Stempels verkaufe, so könne er leicht Gefahr laufen, nach Artikel 369 des Strafgesetzbuchs sich strafbar zu machen. Zur Beseitigung dieses Bedenkens empfehle auch er die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission.

Bundesrathcommissar Weymann: Diese Bedenken seien im Schooße der verbündeten Regierungen bereits reiflich erwogen worden. Im Jahre 1876 sei unter Betheiligung sämtlicher Bundesregierungen eine Enquete über die Frage nach der Ausdehnung des Eichungszwanges veranstaltet worden, die die große Mehrheit der Gemerbetreibenden und sachkundigen Körperschaften bejahend beantwortet habe. Zugleich sei die Forderung trotz ihrer Mängel als ein Segen erachtet worden. Er hoffe in der Commission das Bedürfnis für den vorliegenden Entwurf des Genauereren nachweisen zu können.

Hg. v. Pfetten betont, daß das Bedürfnis für Baiern nicht nachgewiesen sei, um so weniger, als hier die Eichung aus derjenigen Fässer, in welchen andere Flüssigkeiten als Wein nach dem Raumgehalt überliefert würden, schon seit geraumer Zeit in Übung sei.

Hg. Stumm wünscht, daß die Reichsregierung auch nach einer anderen Richtung hin an die Maß- und Gewichtsordnung von 1868 die bessere Hand anlege, nämlich im Sinne einer Beseitigung der mit dem Decimalsystem nicht harmonisirenden alten Begriffe „Pfund“ und „Centner“; die Beibehaltung derselben habe man schon bei der Redaction jenes Gesetzes nur als eine Frage der Zeit angesehen; diese Zeit sei jetzt da, zumal sich die ganze Nation bereits an die neue Maß- und Gewichtsordnung gewöhnt habe, und jene alten Bezeichnungen daher ohne Bedenken fallen gelassen werden könnten. Die Beseitigung empfehle sich auch im Interesse der heranwachsenden Jugend zur Vermeidung der durch die Unrechnungen häufig entstehenden Verwirrung.

Staatssecretär v. Bötticher: Das Reichsamt des Innern habe bereits mit den Bundesregierungen Verhandlungen angeknüpft zum Zwecke der Ersetzung der Doppelheit durch einen einheitlichen Begriff, womit die Regierungen sich fast ausnahmslos einverstanden erklärt hätten; dem Laufe werde daher demnächst eine desfallige Vorlage gemacht werden.

Die Vorlage wird einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen. Das Haus legt hierauf die erste Beratung des Gesekentwurfs, betreffend die Öffentlichkeit der Verhandlungen und die Geschäftssprache des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen fort.

Hg. v. Minnigerode: Man hätte eigentlich auf Seiten der Gegner eine gewisse Anerkennung des vorliegenden Entwurfs erwarten können, um so mehr, als aus dem Landesausschuß der früher nur eine beratende Stimme gehabt hat, mittlerweile eine gesetzgebende Körperschaft gemacht ist, dem jetzt sogar das Attribut der Öffentlichkeit beigelegt werden soll. Man müßte sogar in diesem neuen Vorlage eine bereite Probe auf das Gempelfehen, daß die Maßregeln und die Wünsche, die wir Elsaß-Lothringen gegenüber hier seit einem Decennium hegen, immer mehr ihrer Verwirklichung entgegen reifen. Statt dessen haben die Gegner eine wesentlich herbe Kritik geübt und deswillen, weil man mit dieser Öffentlichkeit zugleich die deutsche Geschäftssprache für den Landesausschuß eng verbinden will. Wenn schon die Ausführungen des Herrn Reichensperger Bedenken erwecken konnten, so hat die Rede des Abgeordneten Guerber sogar den Eindruck hinterlassen, man habe es hier der Hauptsache nach mit einer französischen Provinz zu thun, an der wir unsere Experimente machten. In der That hat nun aber mit Ausnahme einzelner Gemeinden in den Vogesen das ganze Elsaß eine deutsche Bevölkerung, und von Lothringen bergen nur die Bezirke um Nancy und Metz herum eine französische. Die ganze Schwierigkeit liegt lediglich in den Gewohnheiten der Gebildeten, unter diesen ist die französische Sprache bis heute die Conversationsprache geblieben. Auch diese ist indeß nur ein Firnis; das Deutsche ist gleichsam noch nicht fähig geworden, man gebraucht es den Diensthöfen und kleinen Handvertern gegenüber, während, wenn man sich in einer gewissen gesellschaftlichen Ebenbürtigkeit bewegen will, man zum Französischen greift. Das Ganze ist nichts als eine Ueberdichtung, wie wir sie leider auch in unseren Kirchen erlebt haben, nachdem die nackten Kalkwände entfernt, ist auf einmal wieder die gesunde alte Malerei zum Vorschein gekommen, und so steht hinter dem französischen Firnis der gute allemannische Klang, wenn man sich seiner nicht schämen will.

Die deutsche Zunge bei den Gebildeten in Elsaß-Lothringen muß nur erst wieder gelöst werden. Wenn bei den französischen Debatten im Landesausschuß sehr viele französische Reden verlesen werden, so hat das seinen Grund darin, daß die Herren eben elegant erscheinen wollen und sich deshalb gern französisch ausdrücken. Bei dieser Zwangslage bin ich sogar gegen jeden Uebergangszustand; je schneller wir die Vertreter von Elsaß-Lothringen vor die Nothwendigkeit stellen, mit dem guten Deutsch, das ihnen nicht verloren gegangen ist, sich in ihren öffentlichen Debatten auszudrücken, um so schneller werden sie in die naturgemäßen Kreise wieder eintreten. So sehr ein Entgegenkommen und eine schonende Hand auf vielen Gebieten am Platze sein mag, — in einem Landestheile mit so vorwiegend deutscher Bevölkerung ist die feste Vorschrift dieses Gesetzes das allein Geeignete, um möglichst bald gesunde Zustände herbeizuführen. Ich weiß übrigens auch nicht, wie man sich überhaupt die Öffentlichkeit der Verhandlungen denken will, wenn die französische Sprache noch länger in dieser Form geduldet werden soll. Die Sprache der Motive steht in dieser Beziehung in treuer Uebereinstimmung mit der Haltung der Verwaltung. Nicht das geringste Verdienst ist bekanntlich bei dem Statthalter selbst zu suchen, der durch den persönlichen Verkehr, durch das möglichste Abstreifen alles Bureaucratie es verstanden hat, sich mit der Bevölkerung auf guten Fuß zu stellen, der auch jederzeit ein warmes Herz für die religiösen Interessen an den Tag legte. In die Hand einer solchen Regierung können wir mit doppeltem Vertrauen derartige Bestimmungen legen, und wenn der Landesausschuß nicht nur öffentlich, sondern auch deutsch und öffentlich verhandelt, so wird das wesentlich dazu beitragen, endlich das Land wieder gut deutsch zu machen und ihm das Gefühl zu geben, daß es ein selbstständiges, eigenartiges Glied unseres Reiches ist. (Beifall rechts.)

Hg. Winterer: Nach dem Verlauf der gestrigen Verhandlungen könnte man annehmen, daß die Frage der Geschäftssprache der Hauptpunkt der Vorlage, die Frage der Öffentlichkeit der Verhandlungen des Landesausschusses dagegen etwas Nebensächliches sei. Die Vorlage muß doch ein Gesicht eigenthümlicher Art sein, daß der Vertreter der Regierung nur die eine Seite derselben besprochen hat. Wenn ich heute hier als ein Mitglied des Elsaß-Lothringischen Landesausschusses das Wort nehme, so kann ich ohne Ueberreizung behaupten, daß ich die allgemeine Ansicht Elsaß-Loth-

ringens vertrete, denn in der Beurtheilung dieser Vorlage sind alle Parteien bei uns einig. Fragen wir uns, was uns durch die Vorlage geboten, was uns genommen und was uns vorenthalten wird, so sind wir der Ansicht, daß uns mehr genommen als geboten wird. Ich verkenne nicht, daß die Öffentlichkeit der Verhandlungen ein wichtiges Moment für jede parlamentarische Körperschaft ist, die aus allgemeinen directen Volkswahlen hervorgeht; das ist aber beim Landesausschuß nicht der Fall. Zudem fürchte ich, daß die Öffentlichkeit sich sehr schwer verwirklichen lassen wird, denn ein genügendes Gebäude ist zu diesem Zwecke nicht vorhanden; vielleicht wünscht die Regierung das Geschenk der Öffentlichkeit als eine willkommene Handhabe zu benutzen, um die Vaullichkeiten durchzuführen, die der Landesausschuß bis jetzt abgelehnt hat. Ich erkenne übrigens die Öffentlichkeit der Verhandlungen als einen weiteren Schritt zur parlamentarischen Ausgestaltung des Landesausschusses an. Die wichtige Ergänzung der Öffentlichkeit aber, die Immunität der im Landesausschuß gehaltenen Reden, behält man uns vor, und das ist um so merkwürdiger, als der Landesausschuß die Öffentlichkeit nicht, wohl aber die Immunität gefordert hat, und zwar in einem Antrage vom 16. April 1880. Alle gesetzgebenden Körperschaften besitzen die Immunität, ohne welche eine freie und würdige Ausübung des Mandats auch gar nicht möglich ist. Wie soll das im Landesausschuß möglich sein; die Regierung ist keine einheimische, die Beamten sind eingewandert, irrige Auffassungen derselben sind unvermeidlich, der Landesausschuß hat die Pflicht, denselben entgegenzutreten, wie kann er das, wenn er nicht die Immunität besitzt, wenn seine Mitglieder stets von gerichtlicher Verfolgung bedroht sind?

Das bisherige Verhalten des Landesausschusses bietet auch keinen Grund, ihm die Immunität vorzuenthalten, er hat die Grenzen erlaubter Kritik nie überschritten, der englische Wahlmodus hält schon alle ruhestörenden Elemente aus demselben fern. Der Werth der gebotenen Öffentlichkeit verliert aber noch mehr, wenn man erwägt, was uns dafür genommen werden soll; man will uns den Gebrauch der französischen Sprache im Landesausschuß unterlagen. Wie liegt denn die Sache? Die deutsche Sprache ist ja jetzt schon die Geschäftssprache aller Behörden in Elsaß-Lothringen und daher auch des Landesausschusses, die Regierung hat aber den Gebrauch des Französischen eingeräumt, weil sie einfach, daß es eine unbedingte Nothwendigkeit sei. Wenn man das anerkennt, wie kann man da nun von Berlin aus decretiren, daß das Französische nicht mehr nothwendig sei? Was hat sich denn inzwischen geändert? Der Landesausschuß hat 57 Mitglieder, von denen 11 weber Deutsch reden, noch lesen, noch schreiben können. Von den andern sind aber auch nur 8 bis 10 mehr oder weniger geeignet, sich an einer Debatte in deutscher Sprache zu betheiligen, das wird sich in den nächsten Jahren auch nicht ändern. Ich bin starr, daß man auf diese Verhältnisse nicht Rücksicht nimmt. In Lothringen leben 200,000 nur französisch sprechende Einwohner; wo sollen die denn ihre Vertreter finden? Es handelt sich hier nicht um eine Frage des nationalen Bewußtseins, sondern um die der dringenden Nothwendigkeit. Es widerspricht der Logik, die Öffentlichkeit der Verhandlungen zu constituirn, gleichzeitig aber den Gebrauch der französischen Sprache zu unterlagen. Das Palliativmittel, daß das Vorlesen deutscher Reden gestattet sein soll, ändert nichts an der Sache. Zudem glaube ich, daß die Frage, ob vorgelesen werden darf oder nicht, eine Geschäftsordnungsfrage ist und nicht der Entscheidung des Reichstages, sondern des Landesausschusses unterliegt. Nehmen Sie die Vorlage an, so schaffen Sie drei Kategorien von Mitgliedern des Landesausschusses: sprechende, lesende und mundtote. Verhonen Sie uns mit dem zweifelhaften Geschenk dieser Vorlage oder bewilligen Sie uns wenigstens zu der Öffentlichkeit der Verhandlungen die Immunität und den Gebrauch der französischen Sprache.

Unterschatzsecretär von Mayr: Wenn ich gestern nur von der Frage der Geschäftssprache gesprochen habe, so erklärt sich das daraus, daß die beiden Herren, die vor mir das Wort hatten, auch nur diesen Punkt berührt haben und ich daher zu der Annahme berechtigt war, daß der übrige Inhalt der Vorlage ihren Wünschen entspräche. Die Bedenken des Vorredners über die praktische Verwirklichung der Öffentlichkeit der Verhandlungen des Landesausschusses sind berechtigt; ich muß zugeben, daß die Verwirklichung davon abhängt, daß der Landesausschuß seiner ursprünglichen Absicht gemäß ein Sitzungsgebäude errichtet. In dem jetzigen Gebäude kann der Landesausschuß doch nicht mehr bleiben, es wird ein Interimistium geschaffen werden müssen, und dabei kann für den nöthigen Raum gesorgt werden, um den Zutritt des Publikums zu ermöglichen. Die Absicht liegt der Vorlage sicher nicht zu Grunde, durch Verleihung der Öffentlichkeit dem Landesausschuß zur Errichtung eines neuen Gebäudes zu zwingen. Daß der Landesausschuß die Öffentlichkeit seiner Verhandlungen nicht verlangt habe, kann ich als richtig nicht zugeben; dieser Wunsch ist zu wiederholten Malen laut geworden, und auch bei dem vom Vorredner erwähnten Antrag betreffs der Immunität war das Verlangen der Öffentlichkeit als selbstverständlich mit eingeschlossen. Bei Beratung dieses Antrages wurde im Landesausschuß auch ausgesprochen, daß bisher die Debatten so frei gewesen seien, als nur gewünscht werden konnte, daß Niemand an der Darlegung seiner Gedanken gehindert, keiner in der Erfüllung seines Mandates beschränkt worden sei. Ich kann also nicht zugeben, daß die Immunität eine notwendige Ergänzung der Öffentlichkeit der Verhandlungen ist, und daß ohne sie eine würdige Erfüllung des Mandates nicht möglich sei. Schon bei einer Verhandlung im Jahre 1877 erklärte der Abg. Grumbrecht in diesem Hause, daß die Frage der Öffentlichkeit der Verhandlungen des Landesausschusses in 1—2 Jahren bejahend entschieden werden könne, die der Immunität aber nicht. Diesen Gedanken, daß erst die Öffentlichkeit und später die Immunität zu gewähren sei, enthält auch diese Vorlage.

Die Regierung glaubt, daß die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen sich schrittweise entwickeln müssen; deshalb hat sie sich für die vorliegende Fassung des Entwurfs entschieden. Darum handelt es sich ja auch nicht, daß den Elsaß-Lothringern die französische Sprache genommen werden solle, wie der Vorredner es darzustellen suchte; es handelt sich doch nur um die Geschäftssprache des Landesausschusses. Darin stimme ich dem Vorredner bei, daß formell heute schon das Deutsche die Geschäftssprache ist; umso mehr ist die Absicht gerechtfertigt, diese Thatsache durch den vorliegenden Entwurf gesetzlich zu fixiren. Ueber die Frage, wie viele Mitglieder des Landesausschusses nur Französisch sprechen, wird schwer ein Resultat zu erzielen sein. Ich habe die Ehre, mit den meisten der Herren in persönlicher Berührung zu stehen und kann bestimmt versichern, daß die Angabe falsch ist, daß 11 von ihnen gar kein Deutsch verständen. Die Ansicht theile ich, daß das viele Vorlesen von Uebel sein würde; es wird aber jetzt französisch vorgelesen, es wird also ein Vortheil sein, wenn die Herren in Zukunft in kurzem und träftigem Deutsch ihre Ansichten äußern. Meines Wissens hat der Vorredner bis jetzt jede Erweiterung der Competenz des Landesausschusses, wenn sie verliehen werden sollte, als ein zweifelhaftes Geschenk bezeichnet, später aber, wenn die Macht der Thatfachen über seine Anschauung hinweggegangen war, hat er zugestehen müssen, daß doch etwas an der Sache sei. Ich hoffe, er wird auch bei diesem Gesek zu der Ansicht kommen, daß den Elsaß-Lothringern nichts genommen, sondern etwas gegeben wird.

Hg. Dr. Marquardsen: Ich will nur den Standpunkt, welchen meine Partei zu dieser Vorlage einnimmt, kennzeichnen. Wir werden dieselbe Vorlage entschieden zustimmen und allen Amendirungen, welche dieselbe gefährden könnten, entgegenzutreten, und zwar um deswillen, weil wir mit derselben einen wichtigen Schritt vorwärts gehen auf der Bahn, welche bezüglich Elsaß-Lothringern unter Rücksichtnahme auf das Wohl des Reiches von der Regierung seit einer Reihe von Jahren betreten worden ist, und auf der wir ihr mit vollem Vertrauen folgen. Es ist doch eine auffallende Erscheinung, wenn 10 Jahre später, nachdem Elsaß-Lothringen zu Deutschland gekommen ist, die eigentliche Geschäftssprache immer noch die französische ist. Für dergleichen Dinge hat man jenseits der Vogesen sehr feine Ohren, und ich halte es geradezu für die Pflicht der Reichsregierung, uns eine solche Vorlage zu bringen, durch welche endlich eine so natürliche Forderung, daß in einem deutschen Lande die Volksvertretung deutsch spreche, realisiert wird. Wir können uns mit derselben um so mehr einverstanden erklären, als aus dem Umstande, daß sich trotz der 1 1/2 Jahrhunderte dauernden Herrschaft der Franzosen die deutsche Sprache zum großen Theile in Schule und Kirche erhalten hat, der Schluss gezogen werden darf, daß es durchaus nicht schwer fallen dürfte, die deutsche Sprache auch für die Verhandlungen im Landesausschuß einzuführen. Wenn als Gegengrund angeführt worden ist, daß gerade darin für die Bewohner von Elsaß-Lothringen ein nicht gering zu achtendes Capital liege, weil sie zwei Sprachen, das Deutsche und Französische sprächen, und man ihnen dieses nicht durch die Vorlage verliern solle, so scheint mir dieses Capital für die Mitglieder des Landesausschusses bisher ein todes gewesen zu sein, denn diese haben stets französisch gesprochen und keinen Gebrauch von ihrem Vermögen, sich in der deutschen Sprache auszudrücken, gemacht.

Wenn die Regierung in ihren Motiven besonders die aus der Vorlage zu ziehende Consequenz betont, daß dadurch die deutsche Sprache sich über ganz Elsaß-Lothringen verbreiten werde, so möchte ich doch daneben auch den Grund nicht unbeachtet lassen, daß dadurch endlich auch in den Wäldern, welche an die bisherige Art der Publicität der Verhandlungen geknüpft

mar, ein gründlicher Wandel geschaffen wird; daß ferner die falschen Nachrichten, welche häufig dazu beigetragen haben, die Gemüther zu erhitzen, corrigirt werden, dadurch, daß man das Publikum zu den Verhandlungen zuläßt, und daß das Interesse an den Verhandlungen des Landesausschusses dadurch, daß sie in deutscher Sprache erfolgen, auch in andern deutschen Ländern ein größeres sein wird, als bisher. Die Gründe, welche gegen die Vorlage erbracht worden sind, haben insofern sehr angenehm berührt, als sie durch ihre Geringfügigkeit gerade für die Vorlage sprechen und man sich dabei nicht des Gedanken erwehren konnte, daß bessere Gründe nicht so billig wie Brombeeren sein dürften. Nach den aus den gestrigen und heutigen Verhandlungen hier im Hause gemachten Mittheilungen habe ich die entschiedene Ueberzeugung gewonnen, daß die Interessen des Landes auch wahrgenommen werden können, wenn die Geschäftssprache die deutsche ist. Wenn es aber der Fall sein sollte, einige Herren, welche deutsch sprechen können, aber nicht wollen, nicht als Vertreter im Landesausschuß zu sehen, so würde ich das auch nicht für ein allzu großes Uebel ansehen. Einige Uebelstände werden ja nicht ausbleiben, aber wollen Sie den großen Schritt, daß in einem deutschen Lande die Landesvertretung deutsch rede, machen, so darf das kein Hinderniß für Sie sein, daß vielleicht eine oder zwei Personen mangels der Beherrschung der deutschen Sprache von der Vertretung ausgeschlossen werden. Wenn aber der Abg. Winterer gesagt hat, ohne die Immunität sei die Vorlage unannehmbar, so sehe ich nicht ein, warum gerade die deutsche Sprache es sein soll, die solche Parlements-Privilegien genießen soll, es würde eine solche Immunität geradezu eine Anomalie in einem dictatorial regierten Lande, wie es Elsaß-Lothringen ist, sein. Wir haben zur Reichsregierung das Vertrauen in dem Sinne, daß wir glauben, es herrsche bei ihr das Wohlwollen gegen das Land vor, allerdings unter gleichzeitiger gerechter Berücksichtigung der Interessen, welche das Vaterland erfordert, und deshalb bitte ich Sie, das Gesetz anzunehmen. (Beifall.)

Damit schließt die erste Beratung. Das Haus tritt sofort in die zweite Beratung ein. Die Vorlage lautet:

§ 1. Die Verhandlungen des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen sind öffentlich. Die Geschäftssprache desselben ist die deutsche.

§ 2. Mitgliedern des Landesausschusses, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ist das Vorlesen schriftlich aufgesetzter Reden gestattet. Die letzteren müssen in deutscher Sprache abgefaßt sein.

§ 3. Dies Gesetz tritt am 1. März 1882 in Kraft.

Die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten Besançon und Genossen beantragen principaliter den Passus: „die Geschäftssprache ist die deutsche“ zu freizehen; — eventuell schlagen sie eine Modification des § 2 dahin vor, daß den Mitgliedern, welche der deutschen Sprache unfähig sind, der Gebrauch der französischen Sprache bis zu anderweitiger Regelung gestattet sein solle.

Abg. v. Schorlemer-Mst schlägt noch vor, daß die betr. Mitglieder eine ausdrückliche Erklärung abgeben sollen, daß sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

Abg. Simonis plaidirt für die Anträge, indem er zunächst hervorhebt, daß eine so wichtige Sache wie die gegenwärtige Vorlage in einer viel gründlicheren Weise, als es geschehen sei, hätte behandelt werden müssen, mindestens hätte man doch zur Vorbereitung derselben eine Enquete anstellen sollen, deren Erfahrungen hätten zu Grunde gelegt werden können. Die französische Sprache werde in vielen Landestheilen noch so überwiegend gesprochen, daß eine Verständigung in deutscher Sprache kaum möglich sein und zu den schwersten Mißständen führen würde. Soweit aber die deutsche Sprache sich erhalten habe, habe sich ein so eigenthümlicher Dialekt, vermisch mit französischen Worten, gebildet, daß ein Deutscher dieses Deutsch ebensowenig oder noch weniger als das Französische verstehen dürfte. Wenn man aber vorschläge, die Mitglieder des Landesausschusses sollten sich die Reden auflesen und nach Uebersetzung in's Deutsche vorlesen, so sollte man doch nicht vergessen, daß es sich bei den Verhandlungen nicht um ein häufiges Reden handelt, sondern um eine wirkliche Discussion und Debatte, bei der man Schlag auf Schlag erwidern müsse und nicht Zeit habe, sein französisch Gedachtes so schnell in's Deutsche zu übertragen. Durch eine solche Vorlage würde einem großen Theil des Landes die Vertretung vollständig entzogen werden.

Abg. v. Puttkamer (Frankfurt): Durch die Reden der Gegner dieser Vorlage zog sich wie ein rother Faden die Rücksicht auf die sog. höheren Stände, die gebildeten Klassen. Sie stützen ihre Argumente darauf, daß es vielen Mitgliedern des Landesausschusses schwierig sein würde, sich in einer Sprache auszudrücken, die ihnen nicht geläufig sei. Sie werden mir aber zugeben müssen, daß die Sprache des Volkes mit geringfügigen Ausnahmen die deutsche ist. Der Entwurf will weiter nichts, als daß die Vertreter des Landes in dessen Sprache die Geschäfte führen und nicht in einem fremden Idiom. Die Vorlage ist also in der That viel volksthümlicher, als die Ausführungen ihrer Gegner aus Elsaß-Lothringen. Die überwiegend deutsche Bevölkerung dieses Landes hat ein Recht zu verlangen, nachdem die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen durchgeführt ist, die Verhandlungen der ersten gesetzgebenden Behörde in derselben Sprache zu hören und zu lesen, in der gepredigt, gelehrt, Recht gesprochen und auch die meisten billigen und volksthümlichen Präferenzgewinne herausgegeben werden. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß die Gesetze in der Landessprache erlassen werden, und daß nur in deutscher Fassung über sie abgefaßt wird. Ich bitte Sie, das Gesetz anzunehmen und sämtliche Amendements abzulehnen.

Abg. v. Schorlemer: Auch ich glaube, daß die Geschäftssprache des Landesausschusses die deutsche sein muß; dagegen möchte ich denjenigen Abgeordneten, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, die Möglichkeit gewähren, zum Worte zu kommen und ihre Wähler zu vertreten. Ich bin gegen den absoluten Staatszwang, weil er das Gegentheil dessen herbeiführt, was er bezweckt. In keinem Punkte ist das Volk so empfindlich wie in seiner Sprache, wie das Beispiel Polens zeigt. Wenn sie die Frage so zu fassen, wie es hier geschieht, so fürchte ich, daß dieselbe leicht zu einer nationalen Gemüthsregung wird. Die Herzen der Elsaß-Lothringer müssen gewonnen werden durch Gerechtigkeit und Liebe; die Gegensätze müssen allmählig ausgeglichen werden, und deshalb bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Unterstaatssecretär v. Mayr: Durch diesen Antrag würde die Wahl der Sprache vollkommen dem subjectiven Kriterium der einzelnen Mitglieder des Landesausschusses anvertraut werden. Sie würden durch die Annahme des Amendements geradezu verhindern, daß die Mitglieder, welche an sich nicht abgeneigt sind, deutsch zu reden, dies thun, weil sie ihren französisch redenden Kollegen an oratorischer Gewandtheit nicht nachstehen wollen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag, der die Einheitlichkeit der Verhandlung unmöglich machen würde, abzulehnen.

Abg. Dr. Lasker: Es wäre bedenklich, durch diesen Entwurf den jetzt gewählten Mitgliedern des Landesausschusses die Ausübung ihres Mandats zu erschweren. Ich möchte deshalb vorschlagen, um einen Ausgleich herbeizuführen, wenigstens den gegenwärtig gewählten Mitgliedern des Landesausschusses, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, den Gebrauch der französischen Sprache zu gestatten. Sollte aber dieser Antrag abgelehnt werden, so werde ich beantragen, den Einführungstermin dieses Gesetzes hinauszulegen.

Bei der Abstimmung werden alle Anträge abgelehnt und die Vorlage nach dem Vorschlage der Regierung genehmigt. Ein Zusatzantrag wegen Strafflosigkeit der Aeußerungen der Abgeordneten und der wahrheitsgetreuen Berichte wird ebenfalls abgelehnt.

Darauf wird die Sitzung verlagert. Präsident von Gokler schlägt vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen: den Gesetzentwurf, betreffend die Staatscontrole, die Gerichtskosten- und die Gewerbeordnungs-Novelle, die Besteuerung der Dienstwohnungen und die Wehrsteuer.

Abg. Richter (Hagen) beantragt, die Vorlage wegen der Dienstwohnungen nicht auf eine so späte Stelle der Tagesordnung, sondern an eine frühere Stelle oder auf einen andern Tag zu verschieben.

Bei der Abstimmung über diese Frage ergiebt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses; es sind nur 152 Mitglieder anwesend. Der Präsident beantragt also die nächste Sitzung aus eigener Machtvollkommenheit an. Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Gerichtskosten-Gesetz, Gewerbeordnungs-Novelle, Besteuerung der Dienstwohnungen und Wehrsteuer.)

Berlin, 27. April. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] mußte heute die Fahrt nach Potsdam zur Besichtigung der Bataillone des 1. Garde-Regiments z. F. des unglücklichen Wetters wegen aufgeben. Se. Majestät nahm die Vorträge des Wirklichen Geheimen Rathes von Wilmowski und des Staatsministers von Puttkamer entgegen und empfing hierauf den Besuch des Erbprinzen von Oldenburg. Vor dem Diner conferirte Se. Majestät mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] besichtigte vorgestern das königliche Museum und war bei der Aufführung des

Volksischen Dramas „Christus“ anwesend. — Der Prinz und die Prinzessin Wilhelm dinirten bei den kaiserlichen Großeltern. [Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Mittags 12 1/2 Uhr den kaiserlichen Adjutanten Oberstleutnant von Stülpsnagel, welcher den Tod seines Schwiegervaters, des Generals der Infanterie Frhrn. von der Tann, meldete. — Demnachst nahm Se. Kaiserliche Hoheit die Meldung des Secondelieutenants John von Freyend vom 2. Schles. Grenad.-Regt. Nr. 11 entgegen. Nachmittags 4 1/2 Uhr empfing derselbe den ehemaligen kaiserlich russischen Botschafter Grafen Schuwalow. Am Abend besuchten die Herrschaften die italienische Vorstellung im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. (Reichsanz.)

Berlin, 27. April. [Abreise des Kaisers und der Kaiserin. — Die Kronprinzessin und der Verein für Gesundheitspflege.] Dem Vernehmen nach werden der Kaiser und die Kaiserin morgen Abend gemeinschaftlich die Reise nach Frankfurt antreten. Von dort geht die Kaiserin nach Baden-Baden, der Kaiser nach Wiesbaden (siehe das bezügliche Berliner Telegramm im Morgenblatte). — Heute erledigte der Kaiser alle Arbeiten von besonderer Dringlichkeit, wie stets vor der Abreise. Unter Andern conferirte der Kaiser längere Zeit mit dem Minister von Puttkamer und empfing um 4 Uhr den Fürsten Bismarck zum Vortrag. Darauf fand ein kleines Familienbinnen statt, wozu sämtliche hier anwesende Mitglieder der k. Familie und der Prinz August von Württemberg geladen sind. Die heutige Frühjahrs-Bataillons-Besichtigung in Potsdam hatte der Kaiser wegen des ungünstigen Wetters dem Kronprinzen übertragen, — Ihre k. k. Hoheit die Frau Kronprinzessin hat dem Verein für Gesundheitspflege, welchem sie seit seinem Bestehen ein so reges Interesse widmete, einen neuen Beweis ihres besonderen Wohlwollens gegeben, indem sie das Protectorat über denselben übernommen hat. Der Verein, der unter dem Präsidium des Staatsministers a. D. Dr. Falk steht, hat vielfach, so auch ja besonders durch Einrichtung von Ferien-Colonien für Schulkinder bereits segensreich gewirkt und erfreut sich einer ganz besonderen Theilnahme in allen Schichten des Publikums. [Fortschrittliche Parteidemokratie.] Am nächsten Sonnabend wird in Hannover Eugen Richter Abends einen politischen Vortrag halten. Nachmittags soll eine vertrauliche Versammlung von Parteifreunden stattfinden, wie es scheint, zur Organisation der Fortschrittspartei für die Provinz Hannover.

Telegramme. (Aus Wolffs telegraphischem Bureau.) **Braunschweig, 27. April.** Den Schluß der Jubiläumsfeierlichkeiten bildete eine gestern Abend im Hoftheater stattgehabte Ballfestlichkeit, welcher der Herzog, sowie der Herzog von Cambridge beiwohnten. Der Herzog von Cambridge hat heute Mittag die Rückreise angetreten, die übrigen kaiserlichen Gäste des Herzogs haben Braunschweig bereits im Laufe des gestrigen Tages verlassen.

Wilhelmshaven, 26. April. Durch das Crepiren der Granate auf dem „Marz“ wurden getödtet: die Cadetten Gsch (Ratibor) und Mappes (Vels), Dermatrose Frenz, Matrosen Kesenberg, Kellner, Dirksen; schwerverwundet: Dermatrose Diskowski, Maul, Wendbusch, Bahlow, Debe, Meyer, Schulz, Buchheister, Schulze; leicht verwundet sind: Corvetten-Capitain Graf Ramow, Lieutenant zur See Reinde, Obermaat Baag und Wiegke, Feuerwerker Gajewski, Dermatrose Nibel, Kelmwiski, Blachewitz, Lange. Das Schiff ist wenig beschädigt.

Bredow, 27. April. Die Panzercorvette „Württemberg“ ist am 26. d., Abends, in Swinemünde eingetroffen.

Weimar, 27. April. Der Großherzog empfing heute den bisherigen preussischen Gesandten, Grafen Limburg-Stürum, welcher sein Abberufungsschreiben überreichte und nahm sodann das Beglaubigungsschreiben des neuernannten preussischen Gesandten v. d. Brinden entgegen.

München, 27. April. Die Leiche des Generals von der Tann trifft hier Donnerstag Nachts ein; die Beerdigung findet, so weit bis jetzt bestimmt, am Sonnabend statt.

Wien, 27. April. Der Bürgermeister und die beiden Vizebürgermeister überreichten dem Kronprinzen Rudolf in einer heute Mittag stattgehabten Audienz ein Prachtexemplar des Festzugwerkes. Der Kronprinz nahm dasselbe dankend entgegen und sicherte seine und der Prinzessin Stephanie Theilnahme an dem projectirten Volksfeste zu.

Paris, 28. April. Eine Depesche Rogerot aus Ref von gestern meldet: Der Gouverneur von Ref übergab den Platz im letzten Augenblick, als bereits alle Vorbereitungen zum Angriff getroffen waren. Rogerot marschirt heute in das Medjerdathal und läßt ein Besatzungscorps in Ref zurück. Die daselbst vorgefundenen Geschütze waren geladen aber nicht abgefeuert worden. Die telegraphische Verbindung zwischen Tunis und Algerien ist wieder hergestellt. Man befürchtet nicht mehr, daß die öffentliche Ordnung in Tunis gestört werde. Tabarka ist zerstört und unbewohnbar. Ein Oberst mit 1500 Mann wird die Ruinen besetzen und gegen Angriffe besetzen. Das ganze französische Besatzungscorps wurde ohne Kampf ausgeschifft. Artillerie hilft die Araber vom Landungsplatz zu entfernen. Das Ausschiffen von Lebensmitteln und Munition dauert noch an. Der Bey von Tunis wurde durch den Gouverneur von Beja von dem Einrücken der Franzosen in Kenntniß gesetzt. Er stellte Roustan eine neue Protestnote zu, worin er das Vorgehen Frankreichs, als gegen das Völkerrecht verstoßend, bezeichnete. Die Protestschrift wurde auch den anderen Consuln mitgetheilt. Er fügte eine Note bei, in welcher er sich bereit erklärte, die Angelegenheit der Entscheidung der Mächte zu unterbreiten und an den Edelmuth und die Unparteilichkeit der Mächte appellirte.

Paris, 28. April. Die „Agence Havas“ meldet aus Ragusa: Es bestätigt sich, daß Prizrend von den Türken besetzt ist. Die Insurgenten lagern drei Stunden von Prizrend, sie sind gut bewaffnet, entbehren aber, abgesehen von Brot, Lebensmittel. Die bei Prizrend, Spek und Giocora stehenden Truppen der albanesischen Liga sind gegen 20,000 Mann stark. Die Verbindung zwischen Skutari und Prizrend ist zerstört. Pristina wurde von den Insurgenten besetzt. Derwisch Pascha ist mit 2500 Mann in Fjorevich eingetroffen und marschirt nach Ulsap, welches sich den Türken ergeben hat. Die Führer der Aufständischen wurden verhaftet und nach Konstantinopel abgeführt.

London, 27. April. Unterhaus. Labouchere theilte mit, daß Bradlaugh im Hinblick auf eine mögliche Gesetzesänderung von der Verfolgung seines Anspruchs absehe und zog den Antrag auf Vertagung des Hauses zurück. Gladstone zeigte an, daß er seinen Antrag auf Aufhebung des Zolls auf Silberwaaren zurückziehe.

Atten, 27. April. Der Ministerpräsident Komunduros ist heute früh hierher zurückgekehrt. — Nach hier vorliegenden Nachrichten aus Salonichi ist Derwisch Pascha in Prizrend eingerückt, nachdem er den Albanesen, welche die Engpässe besetzt hielten, eine Niederlage beigebracht hatte.

Berlin, 27. April. Die „National-Ztg.“ meldet: Nachdem die Schwierigkeiten beigelegt sind, welche dem Ausscheiden des Herrn von

Puttkamer aus dem Cultusministerium im Wege standen, und Herr von Wolff sich nunmehr zur Uebernahme des Cultusministeriums bereit erklärt hat, darf man den Anordnungen bezüglich der definitiven Uebertragung des Cultusministeriums an Herrn von Wolff und des Ministeriums des Innern an Herrn von Puttkamer demnächst entgegensehen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. (W. L. B.) Paris, 27. April, Abends. [Boulevard.] 3% Rente —, —. Neueste Anleihe 1872 120, 45. Türken 15, 77. Neue Egyptier —, —. Banque ottomane —, —. Italiener 90, 30. Chemins —, —. Defferr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 101 1/4. Spanien ext. 22 1/2, do. inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Russen —, —. Türkenloose 58, —. Türken 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —, —. Pariser Bank —, —. **Frankfurt a. M., 27. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min.** [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 487. Pariser Wechsel 80, 97. Wiener Wechsel 173, 37. Köln-Mündener Stamm-Aktien 151 1/2. Rheinische Stamm-Aktien 163 1/2. Hessische Ludwigsbahn 94 1/4. Köln-Münd. Brämen-Anth. 131 1/2. Reichsanleihe 101 1/2. Reichsbank 149 1/4. Darmstädter Bank 154 1/2. Meiningen Bank 98 1/2. Defferr.-Ungarische Bank 719, 50. Credit-Aktien 284. Silberrente 67 1/2. Papierrente 66 1/2. Goldrente 81 3/4. Ungarische Goldrente 100 1/2. 1860er Loose 125 1/2. 1864er Loose 329, —. Ungarische Staatsloose 228, 20. Ungar. Oest.-Ostbahn-Obligat. II. 92 1/2. Böhmische Westbahn 251 1/2. Elisabethbahn 180 1/2. Nordwestbahn 180. Galizier 248 1/2. Franzosen 275. Lombarden 95 1/2. Italiener 90 1/2. 1877er Russen 92 1/2. 1880er Russen 75 1/2. II. Orientanleihe 59 1/4. III. Orientanleihe 59 1/4. Central-Pacific 112 1/2. Wiener Bankverein 122 1/4. Buschthader —, —. Ungarische Papierrente —, —. Elbthal —, —. Lothringer Eisenwerke —, —. Privat-Discont —, —. p. Ct. Spanier —, —. Günstig. Nach Schluß der Börse: Creditactien 286 1/4. Franzosen 276 1/2. Galizier —, —. Lombarden —, —. Defferr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente —, —. 1880er Russen —, —. II. Orientanleihe —, —. III. Orientanleihe —, —. *) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 27. April, Nachm. [Schluß-Course.] Preuss. 4proc. Consols 101 1/4. Hamburger St.-Pr.-A. —, —. Silberrente 67 1/2. Deff. Goldrente 81 1/4. Ung. Goldrente 101, 1860er Loose 126, Credit-Aktien 283 1/2. Franzosen 689. Lombarden 241 1/2. Italien. Rente 89, 1877er Russen 92 1/2, 1880er Russen 74 1/2. II. Orient-Anl. 58, Laurahütte 110 1/2. Norddeutsche 169 1/4. 5% Amerik. 94 1/4. Rhein. Eisenbahn 163 1/2, do. junge 159, Berg.-Märkische do. 115. Berlin-Hamburg do. 251. Altona-Kiel do. 164. Discont 2 1/4 %.

Hamburg, 26. April, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fest, auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 215, 00 Br., 214, 00 Gd., pr. Juli-August 215, 00 Br., 214, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 200, 00 Br., 198, 00 Gd., pr. Juni-Juli 184, 00 Br., 183, 00 Gd. Hafer höher. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 55, 00, pr. Mai 55, 00. Spiritus still, pr. April 45 1/2 Br., pr. Mai-Juni 45 1/2 Br., pr. Juni-Juli 45 1/2 Br., pr. Juli-August 46 1/2 Br. Kaffee matt, Umf. 2000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 7, 70 Br., 7, 50 Gd., pr. April 7, 50 Gd., pr. August-Debr. 8, 00 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Hofen, 27. April. Spiritus pr. April 51, 90, pr. Mai 52, 20, pr. Juli 53, 40, pr. August 53, 90. Gel. — Liter. Still.

Liverpool, 27. April, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umf. 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 24,000 Ballen, davon 11,000 B. amerik. Middl. amerikan. Juni-Juli-Lieferung 6 1/4 D.

Liverpool, 27. April, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umf. 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Middl. Orleans 6 D. Middl. amerikanische Mai-Juni-Lieferung 5 1/2 D.

Pest, 27. April, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco sehr fest, auf Termine fest, pr. Herbst 10, 70 Gd., 10, 72 Br. Mais pr. Mai-Juni 5, 98 Gd., 6, 00 Br. Rohraps —, —. Wetter: Schön.

Paris, 27. April, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. April 29, 30, pr. Mai 29, 10, pr. Mai-August 28, 75 pr. September-December 27, 50. Roggen matt, pr. April 23, 50, pr. September-December 19, 75. Mehl ruhig, pr. April 63, 00, pr. Mai 63, 00, pr. Mai-August 62, 60, pr. September-December —, —. Rüböl ruhig, pr. April 71, 75, pr. Mai 71, 75, pr. Mai-August 72, 75, pr. September-December 74, 50. Spiritus behauptet, pr. April 60, 00, pr. Mai 60, 50, pr. Mai-August 60, 50, pr. September-Debr. 59, 00. — Wetter: Regenig.

Paris, 27. April, Nachm. Rohzucker 88° loco fest, 60, 25 bis 60, 50. Weiher Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. April 70, 75, pr. Mai 71, 30, pr. Mai-August 71, 75, pr. October-Januar 63, 10.

London, 27. April, Nachm. Habannazucker Nr. 12 25. Stramm. **Antwerpen, 27. April, Nachm. 4 Uhr 30 Min.** [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 20 bez., 20 1/4 Br., per Mai 20 Br., pr. September-December 21 1/4 Br. Ruhig.

Bremen, 27. April, Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 65 bez., pr. April 7, 65 bez., pr. Mai 7, 65 bez., pr. Juni 7, 80 Br., pr. August-December 8, 30 Br.

Handel, Industrie u.

Berlin, 27. April. [Börse.] Trotz der riesigen Erfolge, welche der gestrige Tag der Hausparthei gebracht hat, ist heute ein Stillstand in der steigenden Bewegung nicht eingetreten. Der Muth der Speculation ist vielmehr erstarkt und ungeachtet der anhaltend hohen Reportage schreitet die Börse auf der Hausbahn munter weiter. Die Verjüngungskosten bleiben unbeachtet, weil man der sicheren Erwartung ist, daß eine weitere Steigerung die der Regulirung zu bringenden Opfer reichlich wieder einbringen wird. Es vollzog sich heute eine tiefgehende, beachtenswerthe Erscheinung in dem Verkehrsleben insofern, als die in den jüngsten Tagen favorisirten, exotischen Werthe, als Dur-Bodenbacher, Böhmen, Buschthader und die anderen kleinen österreichischen Nebenbahnen eine geradezu matte Haltung zur Schau trugen, während die inländischen Bahnen und alle übrigen Local-Werthe die vielfach entbehrt Beachtung fanden. Wir würden diesen Wechsel in den Anschauungen der Börse als ein sehr günstiges Omen für die zukünftige Entwicklung des Börsengeschäftes betrachten, wenn wir die Ueberzeugung von einer längeren Dauer derselben gewinnen könnten. Der Umfchwung ist in diesem Augenblick um so mehr auffälliger Natur, da in Wien die Hausseung sich noch immer auf der Tagesordnung erhält und von der dortigen Frühbörse wieder erhöhte Notirungen für die leitenden Speculationspapiere vorlagen. Creditactien konnten ihren gestrigen höchsten Standpunkt ungefähr behaupten. Lombarden und Franzosen blieben vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen erlitten namhafte Einbußen. Es verloren Elbthal 8 1/2 Mark, Nordwestbahn über 5 Mark, Durer 3 1/2 procentige und Böhmen circa 2 p. Ct. Die österr. wie auch russ. Anleihen tendirten ebenfalls schwach und gaben durchgehend bei ganz minimem Verkehr Kleinigkeiten ab. Montanwerthe konnten in Folge der bedeutend höheren Glasgower Eisen-Notirung die Gunst der Speculation zurückerobern. Banken setzten ihre Steigerung fort und haben wiederum procentweise Erhöhungen aufzuweisen. Die inländischen Bahnen, welche schon nach Schluß der gestrigen Börse reger in den Verkehr traten, waren beliebt und höher. Unter Geschäft bei steigendem Course fand auch in Wiener Bankverein statt. Der weitere Verlauf der Börse zeigte weder in der Tendenz, noch in den Coursen und der geschäftlichen Regsamkeit irgend welche bemerkenswerthe Aenderung. Die lokalen Speculationspapiere blieben fest, während die österreichischen Bahnen schwach lagen; das Material, welches von den letzteren in den Händen der kleinen Speculation ruht, scheint hier wie auch in Wien das Gebiet in unorthodoxer Weise zu beeinflussen. Das Prologationsgeschäft vollzog sich recht leicht, da die Geldnehmer willig jeden Zinssatz gewähren. Schluß sehr fest. Ueberflüssige steigend. Creditactien lebhaft in Erwartung der morgigen Einführung der Aktien der Ungarischen Creditbank.

Um 2 1/2 Uhr: Fest. Credit 577,50, Franzosen 551,50, Lombarden 195,00, Reichsbank 149,00, Disconto-Commandit 196,75, Laurahütte 111,25, Dortmund 87,25, Bergische 115,50, Rumänen 99,00, Türken 15,62, Italiener 89,50, Defferr. Goldrente 81,75, do. Silberrente 67,62, do. Papierrente 66,87, Ungar. Goldrente 81,75, 5% Russen da 1877 94,75, 4% do. da 1880 75,62, II. Orient-Anleihe 59,75, III. do. 59,50, Russische Noten 208,25, Buschthader 80,75, Investitionsanleihe 95,40, Bankverein 244,00, Ungar. Papierrente 78,87.

Coupons. (Course nur für Posten.) Defferr. Silber-Coup. 173,00 bez., do. Eisenbahn-Coupon 173,00 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 30 Pf. f. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 421,5 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 421,5 bez., do. Papier-Dollar 421,5 bez., 6% New-York-City 421,5 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 Pf. f. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 60 Pf. f. Warschau, Russ. Zoll 20,46 bez.,

1822er Russen, — Gr. Russ. Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit —, War-
schau-Wiener Comm. —, Warschau-Zarespol —, 30/10 u. 50/10 Lombarden
min. — Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische
min. — Pf. Amsterd., Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. —
Pf. Brüssel, Berl. Str.-Oblig. 20,41 bez.

Berliner Börse vom 27. April 1881.

Fonds- und Geld-Course.			Wechsel-Course.		
Deutsche Reichs-Anl.	4 1/2	101,50 bz	Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3	169,15 bz
Consolidirte Anleihe	4 1/2	105,75 bzB	do. do.	2 M. 3	168,30 bz
do. do. 1876	4	102,90 bzB	London 1 Lstr.	8 T. 3	20,47 bz
Staats-Anleihe	4 1/2	100,75 bz	do. do.	3 M. 3	20,35 bz
Staats-Schuldenscheine	3 1/2	98,25 bz	Paris 100 Frs.	8 T. 3 1/2	81,90 bz
Präm.-Anleihe v. 1853	4 1/2	152,40 bz	do. do.	2 M. 3 1/2	80,45 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102,50 bz	Petersburg 100 SR.	3 W. 6	207,59 bz
Berliner Hyp.-Anl.	4 1/2	104,50 bzB	do. do.	3 M. 6	208,20 bz
Pommersche	4 1/2	101,75 bz	Warschau 100 SR.	8 T. 6	208,20 bz
do. do.	4 1/2	101,10 G	Wien 100 Fl.	8 T. 4	173,30 bz
do. do.	4 1/2	101,90 etzbz	do. do.	2 M. 4	172,60 bz
do. Lndsch.-Ord.	4 1/2	—			
Possensche neue	4 1/2	100,50 bz			
Schlesische	3 1/2	92,80 G			
Lndsch. Central.	4 1/2	100,70 bz			
Kur.-u. Neumärk.	4 1/2	101,00 G			
Pommersche	4 1/2	100,70 bz			
Possensche	4 1/2	100,50 bz			
Preussische	4 1/2	100,60 bz			
Westfäl. u. Rhein.	4 1/2	101,00 bz			
Sächsische	4 1/2	100,90 B			
Schlesische	4 1/2	100,75 bz			
Badische Präm.-Anl.	4 1/2	134,50 bz			
Bairische Präm.-Anl.	4 1/2	135,25 bzG			
do. Anl. v. 1875	4 1/2	101,50 G			
Cöln-Mind.-Präm.-Anl.	3 1/2	131,90 bz			
Sächs. Rente von 1876	3 1/2	80,20 bz			
Hypotheken-Certificat.			Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Kruppsche Part.-Obl.	5	109,90 bz	Divid. pro 1879	1880	4
Unk. Präm.-Anl. v. 1876	4 1/2	106,50 bzG	Aachen-Masticht.	4 1/4	5 1/5
do. do.	4 1/2	101,25 bzG	Berg.-Märkische	5	6
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4 1/2	102,50 bzG	Berlin-Anhalt	0	0
do. do.	4 1/2	103,80 bzG	Berlin-Dresden	0	0
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2	—	Berlin-Görlitz	0	0
Unkündb. do. (1872)	5	106,30 bz	Berlin-Hamburg	12 1/2	14 1/4
do. rückz. a. 110	5	113,50 bzG	Berlin-Potsd.-Magdb.	4	4
do. do. do. 4 1/2	4 1/2	108,25 bz	Berlin-Stettin	43 1/4	43 1/4
Unk. H. d. Pr. Bd.-Cr. Bd.	5	110,25 bz	Böhm. Westbahn	6	7
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	102,50 G	Bresl.-Freib.	48 1/4	48 1/4
Hyp.-Anl. Nord-Cr.-B.	5	100,30 G	Cöln-Mind.	6	6
do. do. Präm.-Anl.	5	100,30 G	Dux-Bodenbach	0	4
Pomm. Hyp.-Bk.-Pfb.	5	108,60 bzB	Gal. Carl-Ludw.-B.	7,738	—
do. do. II. Em.	5	104,00 etzbz	Halle-Soran-Gub.	0	4
Goth. Präm.-Pfb. II. Em.	5	123,30 bz	Kaschau-Oderberg	0	—
do. do. III. Em.	5	121,25 bzG	Kronpr. Rudolfsb.	5	5
do. 50 Pf. rückz. m. 110	5	109,50 bzB	Ludwigsh.-Bexh.	9	9
do. 4 1/2 do. do. m. 110	4 1/2	104,70 etzbz	Märk.-Posener	0	0
Meininger Präm.-Pfb.	4	120,90 bz	Magdeb.-Halberst.	6	6
Pfbb. d. Ost. Bd.-Cr. G.	5	100,90 bz	Mainz-Ludwigsh.	4	4
Schl. Bodencr.-Pfb.	5	104,30 bzG	Niedersch.-Märk.	4	4
do. do.	4 1/2	104,60 G	Oberschl. A.C.D.E.	99 1/2	104 1/2
Südd. Bod.-Ord.-Pfb.	4 1/2	102,60 B	do. B.	99 1/2	104 1/2
do. do.	4 1/2	102,60 B	Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—
Ausländische Fonds.			Oest. Nordwestb.	0	—
Oest. Silber-R. (1/4-1/2)	4 1/2	67,75 bzB	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. (1/4-1/2)	4 1/2	67,80 bzB	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Goldrente	4 1/2	61,80 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Papierrente	4 1/2	67,25 bzB	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. 54er Präm.-Anl.	4 1/2	125,90 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Credit-Anl. v. 60	5	125,90 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Credit-Loose	fr.	339,00 B	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. 64er Loose	fr.	330,00 etzbz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	142,10 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. do. 1868	5	59,30 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Orient-Anl. v. 1875	5	59,30 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. II. do. v. 1875	5	60,75 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. III. do. v. 1875	5	59,40 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Engl. v. 1871	5	91,30 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. do. v. 1872	5	91,30 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Anleihe 1877	5	94,60-70 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. do. 1880	5	75,40 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Bod.-Ord.-Pfb.	5	75,40 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	75,40 B	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Russ. Foh. Schatz.-Obl.	4	84,25 B	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Poln. Foh. Schatz.-Obl.	5	64,40 etzbz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Poln. Liquid.-Pfb.	4	55,40 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Amerik. rückz. p. 1881	6	100,60 G	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. 50 Pf. Anleihe	5	100,40 etzbz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Ital. 50 Pf. Anleihe	5	99,70 B	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Raab-Graz. 100 Thlr.-L.	4	95,40 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Rumänische Anleihe	6	99,00 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Rumän. Staats-Oblig.	6	99,00 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Türkische Anleihe	fr.	15,60 bzB	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Ungar. Goldrente	5	100,80 bzB	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Papierrente	5	79,25 bzB	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
do. Loose (M. p. St.)	fr.	95,25 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Ung. Invest.-Anleihe	5	95,25 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Ung. 50 Pf. St.-Anl.	5	95,30 bzG	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Finische 10 Thlr.-Loose	50,20 bz	—	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Türken-Loose 45,50 bzG	—	—	Oest. Südb. (Lomb.)	0	—
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			Bank-Papiere.		
Berg.-Märk. Serie II.	4 1/2	102,50 G	Allg. Deut. Hand.-G.	4	6
do. III. v. St. 31 1/2	4 1/2	93,80 B	Berl. Kassen-Ver.	89/10	4
do. do. VI.	4 1/2	104,00 G	Berl. Handels-Ges.	5	5
do. Hess. Nordbahn	4 1/2	102,75 G	Berl. Präm.-Anl.	4 1/2	4 1/2
Berlin-Görlitz	4 1/2	102,75 G	Braunschw. Bank	4 1/2	4 1/2
do. Lit. B.	4 1/2	102,00 B	Bresl. Disc.-Bank	5 1/2	6
do. Lit. C.	4 1/2	102,00 B	Bresl. Wechslerb.	6	6 1/2
Bresl.-Freib. Lit. DEF.	4 1/2	—	Coburg. Cred.-Bnk.	5	5
do. do. G.	4 1/2	—	Danziger Priv.-Bk.	5 1/2	5 1/2
do. do. H.	4 1/2	103,00 bz	Darmst. Creditb.	9 1/2	9 1/2
do. do. J.	4 1/2	103,00 bz	Darmst. Zettelb.	5 1/2	5 1/2
do. do. K.	4 1/2	103,00 bz	Dessauer Landesh.	6 1/2	7
do. von 1876	5	106,75 B	Deutsche Bank	9	10
Breslau-Warschauer	5	104,10 G	do. Reichsbank	5	6 1/2
Cöln-Minden III. Lit. A.	4 1/2	100,90 G	do. Hyp.-B. Berl.	6 1/2	6 1/2
do. do. Lit. B.	4 1/2	102,25 G	Disc.-Comm.-Anst.	10	10 1/2
do. do. Lit. C.	4 1/2	100,90 G	do. do. Lit. C.	10	10 1/2
do. do. Lit. D.	4 1/2	100,90 G	Genossensch.-Bnk.	7	7 1/2
do. do. Lit. E.	4 1/2	100,90 G	do. do. Lit. D.	7	7 1/2
Halle-Soran-Guben	4 1/2	103,25 bzG	Goth. Grundcred.	5	5 1/2
Märkisch-Posener	4 1/2	100,60 G	do. do. Lit. E.	5	5 1/2
Niedersch.-Märk.	4 1/2	100,60 G	Hamb. Vereins-B.	7	6 1/2
do. do. II.	4 1/2	100,60 G	Hannov. Bank	4 1/2	5 1/2
do. Obl. II. A.	4 1/2	100,60 G	Königsb. Ver.-Bnk.	5	4
do. Obl. III. A.	4 1/2	101,00 G	Lndw.-B. Kwielenk.	49 1/2	49 1/2
Oberschl. A. C. D. E.	4 1/2	—	Leipz. Cred.-Anst.	10	9
do. B. C. D. E.	4 1/2	94,00 B	Luxemburg. Bank	10	8 1/2
do. C. D. E. F.	4 1/2	93,40 bz	Magdeburger do.	5 1/2	5 1/2
do. D. E. F. G.	4 1/2	103,25 G	Meininger do.	0	5
do. E. F. G. H.	4 1/2	103,25 G	Nordb. Bank	10	10
do. F. G. H. I.	4 1/2	103,25 G	Nordb. Grundcred.	0	0
do. G. H. I. J.	4 1/2	103,25 G	Oberlausitzer Bk.	0	0
do. H. I. J. K.	4 1/2	103,25 G	Oest. Cred.-Actien	11 1/4	11 1/4
do. I. J. K. L.	4 1/2	103,25 G	Pommersche Priv.-Bank	7 1/2	7 1/2
do. J. K. L. M.	4 1/2	103,25 G	Pr. Bod.-Cr.-Act.	0	6 1/2
do. K. L. M. N.	4 1/2	103,25 G	Pr. Cent.-Bod.-Ord.	9 1/2	8 1/2
do. L. M. N. O.	4 1/2	103,25 G	Preuss. Immob.-B.	7 1/2	7 1/2
do. M. N. O. P.	4 1/2	103,25 G	Sächs. Bank	6	6 1/2
do. N. O. P. Q.	4 1/2	103,25 G	Schl. Bank-Verein	6	6
do. O. P. Q. R.	4 1/2	103,25 G	Wiener Unionsbk.	6	7
do. P. Q. R. S.	4 1/2	103,25 G			
do. Q. R. S. T.	4 1/2	103,25 G			
do. R. S. T. U.	4 1/2	103,25 G			
do. S. T. U. V.	4 1/2	103,25 G			
do. T. U. V. W.	4 1/2	103,25 G			
do. U. V. W. X.	4 1/2	103,25 G			
do. V. W. X. Y.	4 1/2	103,25 G			
do. W. X. Y. Z.	4 1/2	103,25 G			
do. X. Y. Z. A.	4 1/2	103,25 G			
do. Y. Z. A. B.	4 1/2	103,25 G			
do. Z. A. B. C.	4 1/2	103,25 G			
do. A. B. C. D.	4 1/2	103,25 G			
do. B. C. D. E.	4 1/2	103,25 G			
do. C. D. E. F.	4 1/2	103,25 G			
do. D. E. F. G.	4 1/2	103,25 G			
do. E. F. G. H.	4 1/2	103,25 G			
do. F. G. H. I.	4 1/2	103,25 G			
do. G. H. I. J.	4 1/2	103,25 G			
do. H. I. J. K.	4 1/2	103,25 G			
do. I. J. K. L.	4 1/2	103,25 G			
do. J. K. L. M.	4 1/2	103,25 G			
do. K. L. M. N.	4 1/2	103,25 G			
do. L. M. N. O.	4 1/2	103,25 G			
do. M. N. O. P.	4 1/2	103,25 G			
do. N. O. P. Q.	4 1/2	103,25 G			
do. O. P. Q. R.	4 1/2	103,25 G			
do. P. Q. R. S.	4 1/2	103,25 G			
do. Q. R. S. T.	4 1/2	103,25 G			
do. R. S. T. U.	4 1/2	103,25 G			
do. S. T. U. V.	4 1/2	103,25 G			
do. T. U. V. W.	4 1/2	103,25 G			
do. U. V. W. X.	4 1/2	103,25 G			
do. V. W. X. Y.	4 1/2	103,25 G			
do. W. X. Y. Z.	4 1/2	103,25 G			
do. X. Y. Z. A.	4 1/2	103,25 G			
do. Y. Z. A. B.	4 1/2	103,25 G			
do. Z. A. B. C.	4 1/2	103,25 G			
do. A. B. C. D.	4 1/2	103,25 G			
do. B. C. D. E.	4 1/2	103,25 G			
do. C. D. E. F.	4 1/2	103,25 G			
do. D. E. F. G.	4 1/2	103,25 G			
do. E. F. G. H.	4 1/2	103,25 G			
do. F. G. H. I.	4 1/2	103,25 G			
do. G. H. I. J.	4 1/2	103,25 G			
do. H. I. J. K.	4 1/2	103,25 G			
do. I. J. K. L.	4 1/2	103,25 G			
do. J. K. L. M.	4 1/2	103,25 G			
do. K. L. M. N.	4 1/2	103,25 G			
do. L. M. N. O.	4 1/2	103,25 G			
do. M. N. O. P.	4 1/2	103,25 G			
do. N. O. P. Q.	4 1/2	103,25 G			
do. O. P. Q. R.	4 1/2	103,25 G			
do. P. Q. R. S.	4 1/2	103,25 G			